Marie-Theres Tinnefeld

Grundrechtskultur in Europa

Im 20. Jahrhundert sind zwei Systeme gescheitert, die sich als Gegenentwürfe zur zivilen Gesellschaft gesehen haben. Die nationalstaatliche Diktatur hinterließ ein vom Krieg zerstörtes Land und einen von „rassistischer“ Überlegenheit geprägten Staat, der nach Carl Schmitt auf „eine reine, nicht rasonierende und nicht diskutierende, sich nicht rechtfertigende, also aus dem Nichts geschaffene absolute Entscheidung“ reduziert war.¹ Die kommunistische Diktatur hat auf die Transformation sozialistischer Planwirtschaft gesetzt, deren realpolitische Entwicklungen sich unabhängig von Recht und Gesetz vollziehen sollten.

Solcherart holistische bzw. fundamentalistische Theorien von Gesellschaft sind nach K. R. Popper mit einer offenen Gesellschaft unvereinbar.² Sie kommen mit knallenden Argumenten einher und dulden keinen Widerspruch. Sie können jede Bestimmung der Verfassung ändern und aus einem Staat mit Grundrechten auch einen solchen ohne Grundrechte machen.

Gesetze mit verfassungsdurchbrechendem Charakter sind im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht zulässig. In der deutschen Grundrechtsgeschichte findet sich im Anschluss an die Garantie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) erstmalig ein Bekenntnis zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft (Art. 1 Abs. 2 GG). Gegenüber der Weimarer Reichsverfassung werden wichtige Neuerungen normiert (Vorrang der Verfassung, das Erfordernis der Wortlautänderung oder -ergänzung zur Änderung des Grundgesetzes und die Kontrollkompetenzen des Bundesverfassungsgerichts).³ Das Grundgesetz enthält eine sogenannte Ewigkeitsgarantie (Art. 79 Abs. 3 GG), die verhindern soll, dass die geltende Verfassungsordnung in ihrer Substanz beseitigt und zur nachträglichen Legalisierung einer Diktatur missbraucht werden kann.

Im Rückblick auf die Geschichte der Grundrechte kann festgestellt werden, dass die Grundrechte unter der Rechtsprechung des höchsten deutschen Gerichts eine beispiellose Präsenz und Wirkkraft erlangt haben und zugleich subjektiv-objektivrechtliche Wirkungen entfalten, zu deren Schutz grundrechtsfördernde und -sichernde Einrichtungen verlangt werden.⁴

Das BVerfG hat den Staat und gesellschaftliche Mächte in den Dienst der Persönlichkeitsentfaltung gestellt. Es hat aus dem zukunfts-offenen allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) das Grundrecht auf Datenschutz und das IT-Grundrecht geschöpft, um insbesondere die Privat- und Kommunikationssphäre des Bürgers allseitig zu schützen. Die Grundrechtsjudikatur des Gerichts ist auch in Datenschutzfragen Leitbild für viele Verfassungsgerichte in allen Teilen der Welt geworden, insbesondere solchen, die wie Polen mit der Diktatur gebrochen haben. Das Gericht bildet eine Brücke zur maßgeblichen Weichenstellung der Rechtsprechung des EuGH, deren Radius in diesem Heft ausführlich behandelt wird.

Seit dem 15. Jahrhundert sind immer wieder Pläne gemacht worden, Europa eine politische Struktur zu geben. Dies ist erst allmählich nach dem Zusammenbruch des brutalen NS-Staates und anderer stark autoritärer Regime gelungen. Mit dem am 1.12.2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon ist die EU-Grundrechte-Charta zu einem selbstständigen und wirksamen Teil des Primärrechts der Union, allerdings nicht zu einem Teil des EUV (Art. 6 Abs. 1 EUV) geworden.

Der Schutz von Privatheit und Datenschutz ist in der Charta (Art. 7 und Art. 8 GRC) verankert, die auf dem entsprechenden Schutz der Europäischen Menschenrechtskonvention aufbaut (Art. 8 EMRK). Der EuGH sichert „die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung der Verträge“ (Art. 19 Abs. 1 UA 1 Satz 2 EUV). Dadurch werden das Primärrecht (heute EUV und AEUV) wie auch das Sekundärrecht (z.B. die Datenschutzrichtlinie wie auch die geplante DS-GVO) der Auslegung durch den EuGH unterstellt. Der EuGH hat sich in jüngster Zeit insbesondere mit zwei unterschiedlich gelagerten Gefährdungen des Privatlebens (Digital Rights und Seitlinger sowie Google Spain und Google) befasst. Der Richter am EuGH Thomas von Danwitz geht in diesem Heft auf die Konsequenzen für den Grundrechtsschutz in der Union ein.

Der EuGH wirkt damit positiv im Sinne einer europäischen Einigung und der Fortentwicklung einer Zivilgesellschaft, die seit den terroristischen Anschlägen von 9/11 rhizomartig von Überwachungsmaßnahmen überzogen wird. Zu dieser wuchernden Überwachung gehört auch die umstrittene Datenvorratsspeicherung, die in diesem Heft hinterfragt wird. Ein unbeschränkbarer Aspekt der Sicherheit treibt die neue „Transparenz“ des Menschen durch Überwachung und Auswertung von Big Data Analysen voran. Er steht im offensichtlichen Widerspruch zur europäischen Grundrechtskultur und ihrem unverbrüchlichen Schutz der Privat- und Kommunikationssphäre.

1 Schmitt, Politische Theologie, 4. Kapitel zur Lehre von der Souveränität (2. Ausgabe 1934), S.83.

2 Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd.II: Falsche Propheten, Hegel, Marx und die Folgen (2. Auflage 1970), S. 161.

3 Dazu ausführlich Hornung, Grundrechtsinnovationen, 2015, S. 12 ff.; 49 ff.

4 BVerfGE 7, 198 (205); 35, 79 (114); 39, 1 (41), st. Rechtspr.